



Arbeitgeber legen kein Angebot vor – GEW ruft zu Warnstreiks auf

// Auch in der zweiten Verhandlungsrunde für den öffentlichen Dienst der Länder haben die Arbeitgeber kein Angebot vorgelegt und die Verhandlungen unterbrochen. Eine Verständigung ist nicht in Sicht. //

Am 30. und 31. Januar trafen sich die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) in Potsdam, um die Verhandlungen für die Tarifbeschäftigten der Länder fortzusetzen. Das erwartete Angebot der Arbeitgeber zur Entgelterhöhung blieb jedoch aus. „Das ist, trotz der zugegebenermaßen komplexen Verhandlungssituation, eindeutig zu wenig“, sagte GEW-Vorsitzende Marlis Tepe am Dienstag in Potsdam. Die Verhandlungen wurden am 31. Januar ohne Ergebnis unterbrochen und werden am 16. Februar fortgesetzt. Die Arbeitgeber verwiesen darauf, dass sie sich noch Daten beschaffen und rechnen müssten. Der TdL-Verhandlungsführer, Niedersachsens Finanzminister Peter-Jürgen Schneider (SPD), machte deutlich, dass die Gewerkschaftsforderung von insgesamt sechs Prozent mehr Lohn viel zu hoch sei. Auch die Steuereinnahmen und die gute wirtschaftlichen Lage seien kein Argument für hohe Abschlüsse, denn die konjunkturelle Lage ändere sich, während Tarifabschlüsse bestehen blieben.

Die Gewerkschaften waren mit einer Forderung im Gesamtvolumen von sechs Prozent in die Tarifrunde gegangen und hatten neben einer Entgelterhöhung und einer sozialen Komponente auch die Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdienstes und die Einführung einer Stufe 6 in den Entgeltgruppen 9 bis 15 der Entgelttabelle gefordert.

Für die Lehrerinnen und Lehrer sowie die pädagogischen Fachkräfte an Schulen hat die Einführung der Stufe 6 große Bedeutung, denn sie würde allen Beschäftigten ab der Entgeltgruppe 9 erhebliche Gehaltszuwächse bringen. Mit der sozialen Komponente soll ein Ausgleich für die

unteren Entgeltgruppen geschaffen werden, die bereits jetzt eine Stufe 6 haben.

Die Gewerkschaften wiesen auf Nachwuchsprobleme im öffentlichen Dienst hin. Auch die Länder sollten ein großes Interesse daran haben, die Bezahlung und die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte deutlich zu verbessern. Schließlich zeichnet sich in den meisten Ländern ein hoher Bedarf an Neueinstellungen ab, der entsteht, weil Lehrkräfte in den Ruhestand gehen und neue Aufgaben hinzukommen, wie die Integration der Geflüchteten.

Auch im Bereich Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) der Länder zeichnet sich ein Fachkräftemangel ab, insbesondere mit Blick auf die Erzieherinnen und Erzieher. Diese verdienen bei den Ländern weniger als bei den Kommunen. Ihre Einkommen müssen daher so angehoben werden, dass sie das Niveau vergleichbarer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei den Kommunen erreichen.



Foto: Kay Herschelmann

Unterstützung von GEW-Kolleginnen und -Kollegen bei den Verhandlungen in Potsdam

BILDUNG IST MEHRWERT!



BILDUNG IST MEHRWERT!

Insgesamt klafft zwischen dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst Bund/ Kommunen (TVöD) und dem Tarifvertrag der Länder (TV-L) eine Lücke von rund vier Prozent, die geschlossen werden muss. Auch die Gehälter in der Privatwirtschaft dürfen nicht weiter davonziehen.

Die Gewerkschaften hatten in der zweiten Verhandlungsrunde endlich ein ernsthaftes Angebot zur Tarifierhöhung und den damit verbundenen strukturellen Forderungen erwartet. Diese Forderungen sind den Arbeitgebern seit Mitte Dezember bekannt. Jetzt sagen sie, sie müssten erst einmal rechnen. Außerdem sei das sowieso alles unbezahlbar. Tatsächlich sind es die Arbeitgeber, die mit ihrer Verzögerungstaktik die Beschäftigten zwingen, ihren Forderungen durch Streiks Nachdruck zu verleihen. Die Verhandlungsführer der TdL müssen in der nächsten Verhandlungsrunde am 16./17. Februar ein Angebot vorlegen. Sie sind am Zuge klar zu benennen, was ihnen gute Arbeit im öffentlichen Dienst wert ist.

Dank sprudelnder Steuereinnahmen ist genug Geld da, um das von den Gewerkschaften geforderte Gesamtvolumen von sechs Prozent zu bezahlen. Es muss im Länder-Tarifvertrag in allen Entgeltgruppen eine Stufe 6 geben, die es bei Bund und Kommunen schon gibt. Auch die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst sollten genauso bezahlt werden, wie im kommunalen öffentlichen Dienst. Denn Fakt ist doch, dass die Länder hier bislang auf Kosten der Beschäftigten gespart haben. Es geht darum, Anschluss zu halten an die allgemeine Tarifentwicklung und insbesondere an den TVöD. Das sind gut begründete Forderungen, vor denen die Arbeitgeber sich nicht länger wegdrücken dürfen. Wenn sie das nicht verstehen, müssen die Beschäftigten ihnen erneut zeigen, dass ohne den öffentlichen Dienst nicht viel geht in diesem Land. Die GEW ruft ihre Mitglieder nun bundesweit zu Warnstreiks auf. Denn nur von starken Warnstreiks lassen die Arbeitgeber sich beeindruckern.

**Daher: Mitmachen, mitstreiken, ein gutes Tarifergebnis durchsetzen!
Folgt den Streikaufrufen der GEW!**

Aktuelle Infos zur Tarifrunde findet ihr auf der GEW-Website unter www.gew.de/troed2017/



Impressum: GEW – Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft - Andreas Gehrike (V.i.S.d.P.), Gesa Bruno-Latocha - Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt Januar 2017

Antrag auf Mitgliedschaft

Bitte in Druckschrift ausfüllen

**TVL – Tarifinfo Nr. 2
Januar 2017**



Online Mitglied werden
www.gew.de/mitglied-werden

Persönliches

Nachname (Titel) _____ Vorname _____

Straße, Nr. _____

Postleitzahl, Ort _____

Telefon / Fax _____

E-Mail _____

Geburtsdatum _____ Staatsangehörigkeit _____

gewünschtes Eintrittsdatum _____

bisher gewerkschaftlich organisiert bei _____ von _____ bis (Monat/Jahr) _____

weiblich männlich

Berufliches

Berufsbezeichnung (für Studierende: Berufsziel), Fachgruppe _____

Diensteintritt / Berufsanfang _____

Tarif- / Besoldungsgebiet _____

Tarif- / Besoldungsgruppe _____ Stufe _____ seit _____

monatliches Bruttoeinkommen (falls nicht öffentlicher Dienst) _____

Betrieb / Dienststelle / Schule _____

Träger des Betriebs / der Dienststelle / der Schule _____

Straße, Nr. des Betriebs / der Dienststelle / der Schule _____

Postleitzahl, Ort des Betriebs / der Dienststelle / der Schule _____

Beschäftigungsverhältnis:

- | | | |
|--|--|--|
| <input type="checkbox"/> angestellt | <input type="checkbox"/> beurlaubt ohne Bezüge bis _____ | <input type="checkbox"/> befristet bis _____ |
| <input type="checkbox"/> beamtet | <input type="checkbox"/> in Rente/pensioniert | <input type="checkbox"/> Referendariat/Berufspraktikum |
| <input type="checkbox"/> teilzeitbeschäftigt mit ____ Std./Woche | <input type="checkbox"/> im Studium | <input type="checkbox"/> arbeitslos |
| <input type="checkbox"/> teilzeitbeschäftigt mit ____ Prozent | <input type="checkbox"/> Altersteilzeit | <input type="checkbox"/> Sonstiges _____ |
| <input type="checkbox"/> Honorarkraft | <input type="checkbox"/> in Elternzeit bis _____ | |

Jedes Mitglied der GEW ist verpflichtet, den satzungsgemäßen Beitrag zu entrichten. Mit meiner Unterschrift auf diesem Antrag erkenne ich die Satzung der GEW an.

Bitte per Fax an 069/78973-102 oder an:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft,
Reifenberger Str. 21, 60489 Frankfurt a. M.

Gläubiger-Identifikationsnummer DE31ZZZ00000013864

SEPA-Lastschriftmandat: Ich ermächtige die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der GEW auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Vorname und Name (Kontoinhaber/in) _____

Kreditinstitut _____

_____ | _____
BIC

_____ | _____ | _____ | _____ | _____ | _____
IBAN

Ort / Datum _____ Unterschrift (Antrag auf Mitgliedschaft) _____

Ort / Datum _____ Unterschrift (SEPA-Lastschriftmandat) _____

Die uns von Ihnen angegebenen personenbezogenen Daten sind nur zur Erfüllung unserer satzungsgemäßen Aufgaben auf Datenträgern gespeichert und entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes geschützt. **Bitte senden Sie den ausgefüllten Antrag an den für Sie zuständigen Landesverband der GEW bzw. an den Hauptvorstand. Vielen Dank – Ihre GEW**